

## Die HSH Nordbank und das sichere Ufer



v.l.n.r.: Olaf Behm, Uwe Grund, Jost de Jager, Dirk Jens Nonnenmacher, Hilmar Kopper, Bartle Aberer, Sabine Frase

**Im Rahmen ihrer Podiumsdiskussion vor den Arbeitnehmervertretungen der Bank sprachen Hilmar Kopper und Dirk Jens Nonnenmacher mit Schleswig-Holsteins Wirtschaftsminister Jost de Jager (CDU) und Hamburgs DGB-Chef Uwe Grund über aktuelle und Zukunftsthemen der Bank. Bankexperte Bartle Aberer komplettierte die Runde, die deutliche Aussagen traf.**

Im Rahmen ihrer jährlichen Versammlung hatten die gewählten Interessenvertretungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der HSH Nordbank die fünf Podiumsteilnehmer zu Diskussion vor rund 70 Zuhörern gebeten. Über die moderierten Fragen von Olaf Behm und Sabine Frase kam die Runde schnell zum Punkt, welche Zukunft die Bank habe. Einhellige Meinung war, dass die Bank zunächst ihre Energie einsetzen müsse, um über die Restrukturierung das „sichere Ufer“ zu erreichen. Ihm sei nicht bange, so Hilmar Kopper, dass die Bank dann auch eigenständig am Markt bestehen könne. Nachdem er die Aufgabe als Aufsichtsratschef übernommen habe, sei er sehr positiv überrascht über Leistungswillen und Know-How der Mitarbeiter gewesen. Die Bank habe echte Stärken, sonst hätte sie die Arbeit der vergangenen zwölf Monate nicht gestemmt. Auf ihren Stärken müsse die Bank auch ihre langfristige Strategie aufbauen.

Wie diese Zukunft genau aussehen könnte, wurde mit Fragezeichen versehen; dafür sei noch zu unklar, wie sich der Bankensektor in den kommenden Jahren entwickelt. Entsprechend nannte Dirk Jens Nonnenmacher auf die Frage, wer ein möglicher „Hochzeitspartner“ der Bank werden könne, keine Namen. Dass auf kurz oder lang ein passender Partner in Form eines Investors gefunden werden müsse, stand allerdings außer Frage. Nonnenmacher betonte, wie wichtig und hilfreich es gewesen sei, dass in der kritischen Phase der Bank die Länder als einzige Unterstützer zur Bank gestanden hätten,

weitere Hilfen seien aber nicht möglich. Nach Einschätzung von Uwe Grund – zugleich Hamburgs neuer DGB-Chef und SPD-Bürgerschaftsabgeordneter – sei die Beteiligung der Länder an der Bank inzwischen eine Last und umgekehrt. Nicht nur in der Regierungskoalition der Stadt, auch in seiner Partei sei die Bereitschaft vorhanden, die Bank-Anteile zu veräußern. Ebenso bekannte Schleswig-Holsteins Wirtschaftsminister Jost de Jager klar, dass sich das Land von den HSH-Anteilen trennen wolle und werde. Das Land strebe einen „werthaltigen“ Ausstieg an. Auch wenn hierfür noch kein Masterplan existiere – zunächst müsse man sich auf die Sanierung konzentrieren –, sei dieser Ausstieg festes Ziel der Kieler Koalition, unabhängig vom ähnlich lautenden Votum der EU-Kommission. Die Regierung werde dabei auch darauf achten, Arbeitsplätze in Kiel zu erhalten. Auf weitere Standorte angesprochen ergänzte Nonnenmacher, dass Einzelaussagen über bestimmte Offices nicht möglich sind, solange die EU-Gespräche andauern. Standortfragen seien Teil der EU-Gespräche, wobei nicht einzeln über Standorte sondern über das Gesamtpaket diskutiert werde. Zwar wäre auch ihm im Interesse der Kolleginnen und Kollegen vor Ort eine klare Aussage lieber, die könne die Bank heute aber noch nicht geben.

Mit Blick nach innen bekräftigte Herr Nonnenmacher, dass er an einem stärkeren Austausch und erhöhten Informationsfluss mit Führungskräften sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern arbeiten werde. Die Veränderungen seien nur gemeinsam zu managen. Wie wichtig die Zusammenarbeit der Bank als Team ist hob auch Hilmar Kopper hervor. Er schrieb der Bank ins Stammbuch, dass sie sich mehr innerlich zusammenschweißen müsse. In der Vergangenheit hätten viele Bereiche zu sehr auf sich und zu wenig auf die Gesamtbank geschaut. Angesichts der Anstrengungen, die Krise zu überleben, könne sich die Bank so etwa derzeit nicht leisten.

Auch das aktuelle Thema Vorstandsvergütungen kam zur Sprache. Die Einschätzung von Bankenexperte Aberer (1Plus GmbH) lautete, das Konzept, das Kopper am Vortag der Presse vorgestellt hatte, sei mit der eingebauten Erfolgsabhängigkeit der Leistungen und angemessen, sowohl im Vergleich zu anderen Banken als auch in Relation zu Einzelunternehmen. Jost de Jager sekundierte, die Regelungen seien darüber hinaus voll vereinbar mit den Parlamentsbeschlüssen zur Begrenzung von Bankgehältern. Ob diese Regelungen auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bank übertragen werden sollten, ließ der Minister offen: Er selber sei offen für diese Themen, aber ebenso wie Entscheidungen über Mitarbeiter-Boni für 2009 sei dies nicht Sache der Anteilseigner, sondern von Aufsichtsrat und Vorstand. Uwe Grund hakte an diesem Punkt und sprach sich gegen eine erneute „Nullrunde“ bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus. Den Betriebsräten der Bank empfahl er zu prüfen, ob das für den Vorstand angedachte Vergütungsmodell auch sinnvoll auf alle anderen Beschäftigten der Bank übertragen werden könne.

jpr